

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 03/2023 vom 23. März 2023, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Manfred Locher Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz (bis 19.10 Uhr), Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gyax (bis 19.00 Uhr), Thomas Hiltbold (ab 17.45 Uhr), Manon Jaccard, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener (ab 17.30 Uhr), Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter (bis 19.17 Uhr), Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Matthias Zellweger
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib
Sekretariat	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Protokollantin Judith Lüdi
Entschuldigt	Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Thomas Rosenberg
Schluss der Sitzung	20:17 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur dritten Sitzung in diesem Jahr. Besonders willkommen heisst er das neue Stadratsmitglied Leonardo Schlatter. Er weist darauf hin, dass die Verabschiedung von Daniel Waldspurger am Schluss der Sitzung erfolgen wird. Er gibt Anteil an seinem persönlichen Ergehen und äussert, dass am vergangenen Wochenende seine Mutter verstorben ist. Er zitiert aus dem Buch, welches er anlässlich der Stadtratspräsidentenfeier von der SP-Fraktion erhalten hat, Vers 12, Psalm 90: «Lehre uns unsere Tage zu zählen, damit wir ein weises Herz erlangen.» Er wünscht diese Weisheit allen für diese Sitzung und auch für die Zukunft, damit beim Diskutieren die Relationen nicht verloren gehen. Er weist darauf hin, dass die neue Traktandenliste aufliegt und dass Traktanden dazugekommen sind. Da keine Wortmeldungen erfolgen, erklärt er diese als genehmigt.

33. Protokoll

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

Der Stadtratspräsident dankt der Verfasserin.

34. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Daniel Waldspurger (SVP)

Aegerter Peter, **SVP-Fraktion**, schlägt das neue Ratsmitglied Leonardo Schlatter als Ersatz vor, da es sich um einen Sitz der SVP handelt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat wählt Leonardo Schlatter einstimmig.

35. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2022 des Datenschutzbeauftragten

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. Februar 2023

beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2022 des Datenschutzbeauftragten wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

36. Fuss- und Veloverkehr; Netzergänzung Bahnhof–Selve–Schwäbis

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 180'000 Franken für die Klärung der Machbarkeit.

Der Stadtpräsident hat in den Vorberatungen festgestellt, dass die Fragestellungen über das eigentliche Kreditgeschäft hinausgehen. Das Kreditgeschäft betrifft «nur» die Machbarkeitsstudie für die zweite Etappe. Er weiss, dass diese in einen Gesamtplan eingebunden ist. Er nennt dazu beispielsweise das

Gesamtverkehrskonzept oder auch das Agglomerationsprogramm AP1, das die Langsamverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis mit beinhaltet. Er betont, dass sich der Stadtrat bereits zweimal mit dieser Langsamverkehrsverbindung befasst hat, 2015 und 2021. Wenn diese realisiert und mit dem Bund bis 2027 eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen werden kann, dann wird sich der Bund mit 40 Prozent an den Kosten des Agglomerationsprojekts beteiligen. Von dem Restbetrag würde der Kanton 35 Prozent übernehmen. Er schlussfolgert, dass die Stadt für diese Verbindung somit wesentlich weniger als die Hälfte bezahlen müsste, der Nutzen jedoch bei der Stadt läge. Die Verbindung ist auch regional von Bedeutung. Er wiederholt, dass es um zwei Etappen geht. Die erste Etappe mit dem Kredit von 2015 geht vom Bahnhof bis zur Selve. Die Machbarkeitsstudie soll für die zweite Etappe, um die es aktuell geht, gemacht werden. Er weist darauf hin, dass bei der ersten Etappe Umplanungen erfolgen mussten und sie mit dem zeitlichen Ablauf nicht zufrieden sind. Gründe für die Verzögerungen sind im Besonderen die veränderten Rahmenbedingungen, wie die Interessenlinie der SBB. Er bemerkt, dass ohne Festlegung der Interessenlinie der SBB nicht geplant werden kann. Als weiteren Grund für die Umplanung nennt er die geänderten Normen. Weiter kommt dazu, dass auf einem Teil des Landes Parkplätze der SBB liegen. Diesbezüglich verweist er auf die Antworten zur Fragestunde. Bei der zweiten Etappe erfolgte das Variantenstudium. Dieses schlug ein qualitätssicherndes Verfahren vor. Es gibt zwei Varianten, die zeigen, an welcher Stelle die Brücke die Aare überführen könnte. Er bekundet, dass eine Machbarkeitsstudie vorgeschlagen wird, um das qualitätssichernde Verfahren durchführen zu können. Sie wollen diesen Weg in Absprache mit ihren Partnern gehen. Dazu zählen der Kanton, die kantonale Denkmalpflege, das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), der Oberingenieurkreis (OIK), die Bahnen SBB und BLS, die Gemeinde Steffisburg sowie die Stadt Thun mit den eigenen und den externen Fachstellen. Er weist darauf hin, dass die Partnerin Gemeinde Steffisburg den Kredit für diese Machbarkeitsstudie bereits genehmigt hat. Sie würden sich im Rahmen von 54'000 Franken (30 Prozent) beteiligen. Er betont, dass diese Machbarkeitsstudie gemacht wird, um anschliessend in ein Baubewilligungsverfahren gehen zu können, das nicht allzu risikobehaftet ist. Da es sich um ein ISOS-Gebiet handelt, wird es viele geben, die mitsprechen wollen, einerseits Private, andererseits Fachstellen bis und mit der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Er betont, dass es fundierte Grundlagen braucht, um all diese für einen Brückenbau in einem ISOS-Gebiet überzeugen zu können. Er führt aus, dass im Jahr 2027 ein bewilligtes und finanzierbares Projekt vorliegen und die Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen sein muss. Ansonsten geht der Bundesbeitrag verloren. Er bittet um Zustimmung.

Der Stadtratspräsident erkundigt sich, ob es Rückweisungsanträge gibt.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion einstimmig die Rückweisung beantragt, da der Bericht ihrer Meinung nach elementare Lücken aufweist.

Jonas Baumann, **SAKO P+StE**, informiert, was in der SAKO diskutiert wurde. Bei der Sitzung waren die SAKO P+StE und die SAKO B+L anwesend. Er äussert, dass einige dem Geschäft gegenüber ein ungutes Gefühl hatten. Dies führte wahrscheinlich auch zum vorliegenden Rückweisungsantrag. Aufgrund dieses unguten Gefühls forderten sie einen optimierten, ambitionierteren Zeitplan. Sie hatten den Eindruck, es mache keinen Sinn, die bestehenden Lücken in diesem einzubauen. Stattdessen bevorzugen sie es, wenn gesagt werden kann, was am Schluss übrig bleibt, wenn alles richtig gemacht wird. Nur so lässt sich beurteilen, wie man unterwegs ist. Er hält fest, dass sich in den SAKO-Sitzungen einige daran störten, dass der Bericht der Metron bereits seit 2021 vorliegt. Er findet, diese Kritik muss man sich gefallen lassen. Die OPR kann seiner Meinung nach als einziges Argument ins Feld geführt werden. Er betont, dass so ein Geschäft aufgrund von Priorisierungen von anderen Geschäften nicht Schaden nehmen darf. Seiner Meinung nach ist dies noch nicht der Fall, die Gefahr bestehe aber. Weiter wurden in dieser grossen SAKO-Sitzung die Verhandlungen mit der SBB thematisiert. Es war nicht ersichtlich, wie viel Priorität diese Verhandlungen bisher hatten. In den SAKOs gab es den Eindruck, dass es auch hier Potenzial nach oben gegeben hätte. Wichtig zu erwähnen ist ihm, dass die SBB die Verhandlungen mit der Stadt Thun bezüglich der Parkplätze nicht zuoberst auf ihrer Prioritätenliste hat. Dies erschwert das Vorankommen. Er findet, dass es trotzdem

den nötigen Druck braucht. Die SAKO fordert, dass Schritte unternommen werden und dargelegt wird, was gemacht wird. Sie sind gespannt, was aus dem Preisangebot, das der SBB gemacht wurde, folgt.

Der Stadtratspräsident unterbricht Stadtrat Jonas Baumann mit dem Hinweis, dass es vorerst um den Rückweisungsantrag gehe und weitere Erläuterungen später erfolgen können.

Marc Fritschi, **PARTEILOS**, sieht in einer Studie keinen Nutzen. Entweder sind die planerischen Grundlagen für die Brücke vorhanden, dann kann ein Baugesuch eingereicht werden. Wenn nicht, ist die Ortsplanung anzupassen. Der Kredit wäre verschenktes Geld für Planer, die sich gegenseitig beschäftigen und das Projekt weiter verzögern. **PARTEILOS** unterstützt den Rückweisungsantrag.

Der Stadtpräsident wünscht eine Begründung zum Rückweisungsantrag.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, erklärt, dass vor allem zwei Sachen an dem Bericht stören. Einerseits erfüllt dieser die Voraussetzung für eine Machbarkeitsprüfung nicht. Für sie ist der enorme Gap von 1 Mio. Franken zwischen den Angeboten ein Killerkriterium. Zweitens stören sie sich an dem auferlegten Druck. Eine Zusage wird erzwungen, weil es 2027 gewisse Etappenziele braucht. Weiteres wird er später ausführen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, wünscht einen Sitzungsunterbruch, um über den Rückweisungsantrag diskutieren zu können.

Der Rat nimmt den Sitzungsunterbruch von zehn Minuten bis 17:45 Uhr grossmehrheitlich an.

Der Stadtratspräsident gibt das Wort für weitere Ergänzungen an den SAKO-Sprecher Jonas Baumann.

Jonas Baumann, **SAKO P+StE**, dankt, dass er seine Ausführungen abschliessen darf. Er führt aus, dass es in der SAKO-Sitzung zu einem Antrag kam, das Geschäft um eine Stadtratssitzung zu verschieben. Dieser wurde in der Doppel-SAKO-Sitzung mit 3 : 11 Stimmen abgelehnt, da der Mehrnutzen dieses Monats nicht ersichtlich war. Ein Grossteil der SAKOs hat sich für die Finanzierung der Machbarkeitsstudie entschieden, weil man sich die Chance, den Veloweg realisieren zu können, nicht nehmen will. Er äussert, dass es in einem späteren Verlauf die Möglichkeit für eine erneute Beurteilung geben wird.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, bemerkt, dass in dem Geschäft zwei Sachen vermischt werden. Er erklärt, dass die erste Etappe mit den Verhandlungen der SBB nichts mit diesem Kredit zu tun hat. Sie lehnen den Rückweisungsantrag ab. Dies mit der Begründung, dass es um die zweite Etappe geht und das Prozessrisiko mit dem Kredit von 180'000 Franken gesenkt werden soll. Auch soll die Stadt die Möglichkeit erhalten, die Arbeiten so vornehmen zu können, dass die Baueingabe die grösstmögliche Chance erhält.

Der Stadtpräsident bezieht sich auf die genannten Argumente zur Rückweisung. Bezüglich zeitlicher Dimension wurde genannt, dass der Bericht der Metron schon einige Zeit vorlag. Er will nicht verhehlen, dass in der letzten Legislatur dem Planungsamt die Aufgabe gegeben wurde, prioritär die OPR fertigzustellen. Er nimmt die Verzögerung als Folge davon auf sich. Sie glauben, dass die Verzögerung vertretbar ist, weil mit dem jetzt vorgeschlagenen Weg die Finanzierungsvereinbarung mit den entsprechenden Voraussetzungen 2027 vorliegen wird. Er bittet um Verständnis und weist darauf hin, dass die OPR in der letzten Legislatur erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Er erklärt, dass gewisse andere Geschäfte in den Hintergrund geraten sind, im Wissen, dass auch diese wichtig sind. Er weist darauf hin, dass es keine Abhängigkeit von den Parkplätzen der SBB gibt, wie dies genannt wurde. Auch stehen die erste und die zweite Etappe nicht in einer formellen Abhängigkeit, auch wenn die Realisierung der zweiten Etappe wahrscheinlich nur bei Umsetzung der ersten Etappe Sinn macht. Es wäre möglich, dass es bezüglich Parkplätzen zu einer Umprojektierung kommen würde. Er betont, dass dies nicht angestrebt wird. Sollte es mit der SBB aber zu keiner Einigung kommen, dann wird eine Möglichkeit gefunden, den Veloweg anders umzusetzen. Er betont, dass dies kein Killerkriterium ist. Er weist darauf hin, dass Verhandlungen mit der

SBB sehr komplex sind. Mit einem Ja zum Kredit würden sie für die Verhandlungen mit der SBB gestärkt werden, weil sie auf den politischen Willen des Thuner Stadtrates hinweisen könnten. Bezüglich des Arguments vom Zeitdruck erwähnt er die genannten Priorisierungen. Er weist darauf hin, dass es bereits im vorherigen Teil Verzögerungen gegeben hat. Er wiederholt, dass diese durch den Rahmenplan und die Normen bedingt waren. Er betont, dass sie niemanden unter Druck setzen wollen. Weiter hält er fest, dass weder sie noch die Verwaltung mit der zeitlichen Abfolge zufrieden sind. Dennoch glauben sie, dass das Ziel noch erreicht werden kann. Er bezieht sich auf das Argument von Stadtrat Marc Fritschi, man solle direkt ein Baugesuch einreichen. Er verweist auf das Variantenstudium auf Seite 43. Er gibt Stadtrat Marc Fritschi Recht, dass es hierbei um eine Empfehlung und nicht um ein Erfordernis gehe. Ihre Erfahrungen haben gezeigt, dass die Sicherheit in einem Bewilligungsverfahren wesentlich höher ist, wenn sie bezüglich des Vorgehens mit dem Kanton, den Partnern und dem Denkmalschutz einen Konsens haben. Als Beispiel verweist er auf das Bälliz 53. In einer ersten Phase gab es ein gut entwickeltes Projekt. Dieses erfolgte ohne ENHK. Das ENHK schickte einen netten, jedoch abschlägigen Brief. Es kam zum Verfahren. Das Projekt wurde anschliessend mit dem Planungsamt neu aufgesetzt, mit Einbezug vom ENHK. Kürzlich konnte das Wettbewerbsergebnis eingesehen werden. Dieses weckt nun allseits grosse Begeisterung. Sie sind guten Muts, dass dieses Vorgehen zum Ziel führen wird. Dieser Mehraufwand ist in diesem ISOS-Gebiet notwendig, um die Rechtssicherheit zu erlangen. Bei dem genannten Beispiel habe man nach acht Jahren noch nicht einmal eine ZPP. Er erwähnt, dass die zeitliche Dimension ebenfalls eine Rolle spielt und erinnert an das Jahr 2027, in dem eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen werden sollte. Dem Gemeinderat ist klar, dass 180'000 Franken nicht wenig sind. Er weist darauf hin, dass der Bund seinen Beitragssatz für weitere Agglomerationsprogramme unter Beurteilung von bereits realisierten Projekten festlegt. Aktuell liegt dieser bei 40 Prozent. Wenn im Grundsatz zu wenig Projekte realisiert werden, so wird der Bund für zukünftige Projekte den Beitragssatz reduzieren. Er verdeutlicht, dass bei einem kostenaufwendigen Projekt bereits fünf Prozent viel ausmachen. Burgdorf macht diese Erfahrung aktuell. Damit will er sagen, dass es sich bei diesem Risiko nicht um blosser Theorie handle. Der Gemeinderat plädiert auch im Interesse von anderen Verkehrsprojekten dafür, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Es wird also auch jene betreffen, die diese Langsamverkehrsverbindung nicht zwingend wollen, jedoch einen anderen Verkehrsträger. Er fasst zusammen, dass bei einer Reduktion des Beitragssatzes irgendwann auch für andere Projekte ein finanzielles Problem bestehen wird. Im Namen des Gemeinderates bittet er, dem Geschäft und dem Kredit wie vorgeschlagen zuzustimmen.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 20 : 17 Stimmen ab.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Vorarbeiten. Er hält fest, dass das Geschäft für sie nur bedingt erfreulich ist und keineswegs ihre Zweifel, ob man auf einem guten Weg ist, beseitigt. Die geplante Fuss- und Veloverkehrsverbindung ist Teil des Agglomerationsprogramm AP1 Thun. Er findet, man hätte das Projekt somit bereits ab dem Jahr 2011 entwickeln können. Interessant findet er, dass Punkte von späteren Agglomerationsprogrammen früher entwickelt wurden. Er betont, dass dies auch während der OPR-Phase der Fall war. Für ihn ist es keine planerische Meisterleistung der Stadt Thun. Er findet es befremdend, dass es nicht gelungen ist, zwischenzeitlich mit der SBB eine finale und vernünftige Lösung zu finden. Sie sind der Meinung, dass der Gemeinderat bereits früher und spätestens jetzt alle seine Verbindungsmöglichkeiten hätte ausschöpfen müssen, um eine für beide Seiten akzeptierbare Lösung in Form eines Kompromisses zu finden. Er bezweifelt, ob das ganze Projekt umsetzbar ist, wenn dieser Kompromiss mit den Parkplätzen und Weiterem nicht gefunden werden kann. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Transparenz bezüglich der bisherigen Ausgaben in diesem Geschäft erhöht werden muss. Der Stadtrat sollte konsequent über bereits getätigte Ausgaben informiert werden. Sie verstehen nicht, warum die Verhandlungen mit Steffisburg noch nicht final getätigt wurden. Dabei weist er darauf hin, dass erst über den Teilkredit für dieses Sachgeschäft gesprochen wurde. Zusammengefasst hält er fest, dass die Fraktion grundsätzlich für eine Langsamverkehrsverbindung ist. Sie bezweifeln, dass dieser Zwischenschritt mit einer Machbarkeitsstudie über die zweite Etappe zielführend ist. 180'000 Franken Steuergelder für einen Planungszwischenschritt, der nicht durch eigene Überlegungen, sondern durch Empfehlung der Denkmalpflege erfolgte, ist für sie ein gewagtes Vorgehen. Er betont, dass es ein

bedeutend konzentrierteres und effizienteres Vorgehen brauche, wenn der vorgesehene Zeitplan eingehalten und damit Bundes- und Kantonsgelder fliessen sollen. Die Fraktion lehnt den Kredit ab.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, äussert, dass sie mit dem Versuch von einem Rückweisungsantrag Hand geboten haben, um noch gewisse Sachen absprechen zu können. Er bestätigt, dass die Kritik über die Fragestellung hinausgehen muss, wenn man bedenkt, was noch alles folgt und noch unklar ist. Zu seinem Argument vom auferlegten Druck wisse man nun, warum das so ist. Man ist sich einig, dass nicht alles so schnell ging, wie gewünscht. Er zielt darauf hin, dass dieses Projekt ebenfalls eine gewisse Priorität haben wird, wenn es ums Geld geht. Die Voraussetzungen für eine Machbarkeitsstudie sieht er weiterhin als nicht gegeben. Ein plötzlich auftretender Nachkredit wäre für ihn ein Killerkriterium. Weiter betont er, dass die Finanzierung von Steffisburg nicht verbindlich geregelt ist. Die Antwort auf die Fragestunde hat ergeben, dass es keine weiteren Beiträge seitens Steffisburg geben wird. Dies ist für ihn unverständlich, da der Mehrwert für Steffisburg für jene, die an den Bahnhof kommen, elementar vorhanden ist. Es muss geschaut werden, dass das Steuergeld diversifiziert werden kann. Er weist darauf hin, dass es um zirka 10 Mio. Franken Steuergeld geht, das für eine Langsamverkehrsverbindung ausgegeben wird. Er nennt die Zahlen von 3.5 Mio. Franken für die Teilstrecke, 180'000 Franken für eine Machbarkeitsstudie, 400'000 Franken für eine nachfolgende Studie mit Integration der Verbände. Das Ausführungsprojekt kommt über den Daumen geschätzt auf 4.5 Mio. Franken. Mit dieser Rechnung kommt er auf den genannten Gesamtbetrag von um die 10 Mio. Franken, die es kosten wird. Er ist der Meinung, dass das Volk Mitspracherecht über einen solch grossen Betrag haben muss. Seiner Meinung nach braucht es eine obligatorische oder fakultative Volksabstimmung, die im Zeitplan nirgends ersichtlich ist. Den angepassten Zeitplan kritisiert er nicht. Kritik äussert er gegenüber der grossen Differenz zwischen der Stadt Thun und der SBB. Er findet, der Rat muss hier kritisch sein und riskieren, dass es nicht gut kommt. Es gibt grosse Gaps. Eine Variante ist, das Projekt abzuschliessen. Es gibt aber auch die Variante, einzusehen, dass es besser ist, das Projekt zu stoppen. Er weist darauf hin, dass es bereits eine Veloverbindung gibt, wenn auch eine nicht von allen als genug schön Befundene. Der Langsamverkehr wird vom Tiefbauamt und den Kommissionen in allen Projekten enorm hoch bewertet. So kann gewährleistet werden, dass der Langsamverkehr sicher ist. Er verweist auf den breiten Velostreifen in der Allmendstrasse hin. Auch ist die anschliessende 30er Zone velofreundlich. Er steht dafür ein, zu hinterfragen, ob es diese grosse Investition wirklich brauche oder ob es nicht auch ohne gehe. Die Fraktion beantragt die Ablehnung des Kredites.

Martin Alleman, (SP), äussert, dass er zu diesem Kredit ohne Begeisterung Ja sagen wird, und glaubt, dass es auch anderen Ratsmitgliedern so ergeht. Aus seiner Sicht ist bei diesem Geschäft sehr vieles schief gelaufen. Die Planungen und Erstellungen des Bauprojekts laufen seit 2010. Die Schuld dafür, dass es nicht voran ging, wurde stets bei anderen gesucht. Dabei stand vor allem die SBB oft in der Kritik. Man hat sich auf den ersten Abschnitt bis zum Rexmax konzentriert und vergessen, dass die Komplexität beim zweiten Abschnitt viel grösser ist. Er findet, die Tatsache, dass seit der im Juli 2021 vorliegenden Evaluation vom Tiefbauamt nichts gemacht wurde, zeige den Stellenwert der Massnahme beim Tiefbauamt. Er wählt bewusst den Begriff Tiefbauamt, weil dieses sich nicht mit der OPR befasst hatte. Er findet, die in den letzten Jahren zuständigen Gemeinderatsmitglieder haben dem Projekt nicht die nötige Priorität gegeben, weshalb die Zeit jetzt knapp wird. Er betont, dass es nicht besser wird, wenn man jetzt die Verhandlungen mit der SBB so prominent in den Vordergrund stellt. Auch stärkt dies nicht die Verhandlungsposition der Stadt. Er gibt zu, dass es dem Gemüt guttue, über den Gemeinderat zu schimpfen, dies aber niemandem diene. Mit dem Kredit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass das Projekt realisiert und das Prozessrisiko minimiert werden kann. Aus diesem Grund sagen sie Ja zum Kredit. Dies ist zwingend notwendig, da der Zeitplan ohnehin eng ist. Es betont, dass jene, die Nein stimmen, in Kauf nehmen, dass diese Massnahme vom Agglomerationsprogramm gefährdet und das Prozessrisiko erhöht werden. Für all jene, die diese Massnahme sowieso als unnötig sehen, wird dies kein Problem sein. Alle Ratsmitglieder, die in den vergangenen Jahren zu der Massnahme Ja gesagt und den Kredit bewilligt haben, und jetzt Nein sagen, gefährden das Projekt. Er versteht nicht, warum jetzt die erste Etappe als Grund genommen wird, um das gesamte Programm zu gefährden. Er betont, dass die zwei Programme nichts miteinander zu tun haben. Die Verhandlungen mit der SBB haben nichts mit der zweiten Etappe zu tun. Wird bei der zweiten Etappe

ersichtlich, dass die Kosten zu hoch werden, hat der Stadtrat die Möglichkeit, nochmals über die Gesamtkosten zu entscheiden und dann die Notbremse zu ziehen, sollte das Gesamtprojekt zu teuer kommen. Er findet, es könne nicht der SBB mit ihrer Forderung nach zu viel Geld die Schuld gegeben werden. Wie der Stadtpräsident am Beispiel Burgdorf aufgezeigt hat, kann eine Reduktion von fünf Prozent bei Millionenprojekten grosse Auswirkungen haben. Er denkt dabei an den Hübelitunnel oder die Aareunter- oder -überquerung, die Millionen kosten werden. Es geht um bis zu 20 oder 30 Mio. Franken, die die Stadt verlieren könnte, nur weil hier eine Realisierung nicht versucht wurde. Dies wären zimal 180'000 Franken. Er versteht nicht, warum hier 180'000 Franken gespart werden wollen, um zu riskieren, dass die Stadt später 20 bis 30 Mio Franken weniger erhält. Die Fraktion ist der Meinung, dass es diesen Kredit braucht. Sie glauben dem Gemeinderat, dass er alle Varianten evaluiert hat, um dem Projekt zum Leben zu verhelfen. Weiter sind sie überzeugt, dass der Gemeinderat mit dem Kredit die Chance sieht, eine Grundlage zu erhalten, um weiter Planen zu können. Ihrer Meinung nach braucht es den Kredit, wenn zum Velofussverkehr Ja gesagt werden soll.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, steht dazu, dass seine Fraktion *mehr* für die Velos will. Das Projekt ist ein Weg, wie die Verkehrsbedürfnisse noch optimaler abgedeckt werden können. Er meint, man dürfe sich in diesem Kapitel nicht rühmen. Sie haben versucht, die Verzögerung zu verstehen. Trotz Verdrängung des Gedankens kamen sie zur Überzeugung, dass es Einige gab, die an dem Projekt nur mässig Interesse hatten. Er ist sich sicher, dass es nicht nur an Hürden liegt, wenn so lange über ein solches Geschäft diskutiert wird, sondern auch an mangelnder Motivation und mangelnden Einsätzen. Beim Studieren der Fakten zeigen sich ihm wenig Gründe, warum man dort steht, wo man jetzt steht. Er wünscht sich, dass nicht private Lustmotive die Politik prägen. Es scheint, als hätten andere Projekte mehr Freude bereitet oder konnte mit diesen mehr Lorbeeren geerntet werden. Die Fraktion hat den Anspruch, dass dem Geschäft die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn Ja gesagt wird, darf nicht wie bis anhin fortgefahren werden. Es muss etwas geschehen. Dazu braucht es alle. Die Bedenken darf es geben, sie können aber auch behoben werden. Es können alternative Wege vorgeschlagen werden, falls die SBB noch mehr will, auch wenn dies nicht gleich attraktiv wäre. Vorwärtsmachen bedeutet seiner Meinung nach manchmal auch, dass gewisse Sachen verschoben werden müssen. Er hofft, dass über sein Votum klar wird, dass er «all in» erwartet. Er versteht rein intellektuell nicht, wie etwas abgelehnt werden kann, im Wissen, dass man bei einer Ablehnung noch mehr bestraft wird. Er würde es bedauern, wenn man die Gelder, die man für die Stadtentwicklung erhalten hätte, plötzlich nicht mehr bekäme. Bei einer Ablehnung dieses Projekts werden alle weiteren Geschäfte mitgefährdet. Er weist darauf hin, dass Politik leider so funktioniert, dass jene, die so etwas bewirken, bei den Auswirkungen nicht mehr mit von der Partie sein werden. Er möchte dies der nächsten Generation nicht erklären müssen. Als Fraktion will man eine Machbarkeitsprüfung. Man will eine saubere Grundlage, um anhand dieser entscheiden zu können. Er bittet, dass mit allen Kräften und allem Engagement daran gearbeitet wird.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, würde das Geschäft mit «Die unendliche Geschichte» betiteln. Sie wünscht sich, dass die Geschichte bald ein Ende nehmen wird. Das Geschäft ist ein Teil von einem ganzen Massnahmenpaket und eine Begleitmassnahme vom Bypass Thun. Sie findet es komisch, nach 17 Jahren zu sagen, es komme teuer, man streiche diesen Teil. Das wäre der Todesstoss. Für sie ist es schwierig nachzuvollziehen, wie man hier Nein sagen kann, wenn man zum Bypass und auch zu allen Langsamverkehr-Massnahmen, die noch lange nicht alle umgesetzt wurden, Ja gesagt hat. Sie geht davon aus, dass ein mangelnder politischer Wille bestand, um das Projekt mit der nötigen Priorisierung voranzutreiben. Es wurden viele andere Projekte neben der OPR realisiert. Mit dem zögerlichen Verhalten wird riskiert, dass die Massnahme nicht rechtzeitig umgesetzt wird. Der auch bei ihnen vorherrschende Unmut diesem Projekt gegenüber bezieht sich nicht nur auf den vorliegenden Kredit, sondern auch auf die erste Etappe. Sie glaubt, es wäre einfacher, heute eine positive Haltung zu zeigen, wenn von der ersten Etappe bereits etwas zu sehen wäre. Mittlerweile geht es nicht mehr um die Interessenlinie, sondern um die Parkplätze der SBB. Sie betont, dass bisher noch kein Gemeinderatsmitglied an den Verhandlungen mit der SBB teilgenommen hat. Eine Einigung ist nicht in Sicht, obwohl der Bahnhof Thun ab 2025 allein durch die BLS betrieben wird. Sie zitiert die Worte von Konrad Hädener aus dem Thuner Tagblatt vom August 2022: «Es

wäre sicher gut, wenn wir die Langsamverkehrsverbindung der Bahn entlang bis dahin auf dem Schlitten hätten. Ansonsten würde der Eigentumsübergang das Projekt nochmals verzögern.» Sie erwartet heute ein öffentliches Bekenntnis seitens Gemeinderates, dass er sich dem Projekt mit der nötigen Priorisierung annimmt. Sie bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Philipp Deriaz und erklärt, dass sie nicht verstehe, wie mit einer guten Verbindung in der Allmendstrasse nach Steffisburg gelangt werden kann. Auch sieht sie die Aarestrasse als keine Alternative zu der vorliegenden Veloverbindung. Sie erklärt, dass sie eine Veloverbindung wollen, um das Velofahren attraktiver zu machen und nicht, um von A nach B zu fahren. Sie sieht bis heute keine Alternative. Auch hat sie aus dem Rückweisungsantrag keine solche entnommen. Die Fraktion ist einstimmig für den Antrag und will, dass es rasch vorwärtsgeht.

Valentin Borter (SVP) zeigt an einem Beispiel auf, warum für ihn das Killerkriterium intellektuell nicht aufgeht. Man gehe davon aus, dass der Stadtpräsident ein Grundstück kaufen und ein Haus bauen will. Eine grobe Analyse ergibt für ihn einen Quadratmeterpreis von 1'500 Franken. Er fragt, ob der Stadtpräsident einem Planungsbüro einen Auftrag erteilen würde im Wert von 190'000 Franken, wenn die Verkäufer der Liegenschaft 5'000 Franken für den Quadratmeter möchte. Er erachtet diese Differenz als so gross, dass niemand dem Planungsbüro diesen Auftrag erteilen würde. Er sagt deshalb Nein zum Kredit. Er ist der Meinung, dass niemand eine Machbarkeitsstudie macht, wenn die Preise so weit auseinanderliegen.

Marc Fritschi, **PARTEILOS**, gibt dem Stadtpräsidenten recht, dass der Kredit nicht für das Projekt beantragt wird, nicht einmal für eine neue Aarebrücke - nur für eine Meinungsäusserung, wie man eine Brücke gestalten könnte. Studien und Analysen sind interessant, der vorliegende Bericht der Metron AG genügt. Typischerweise schlägt dieser zwei Varianten zur Weiterbearbeitung vor. Ein weiteres Gutachten würde nur dazu führen, dass die Planer neue Vorgaben und Wünsche erfinden. Wir brauchen keinen Schönheitswettbewerb. Er versteht den Gemeinderat nicht, der dem überfälligen Variantenentscheid ausweicht. Nach 14 Jahren der Planung könnte und müsste doch der Gemeinderat entscheiden, ob er eine kurze Brücke unterhalb des Wehrs oder eine lange Brücke beim Schwäbisbad bauen will, und ein entsprechendes Bauprojekt zur Bewilligung eingeben.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt, dass man allgemein erkennt, dass es nicht wunschgemäss abgelaufen ist und Probleme gab. Er hält fest, dass der Bypass für die Velofahrer einen enormen Vorteil bietet. Er gibt zu, dass für jene, die das wünschen, ein reiner Veloweg schöner wäre. Es gehe aber um extremere Probleme, wie das Handling von 20'000 bis 30'000 Autos. Bezugnehmend auf die Aussage, dass die Notbremse später noch gezogen werden kann, äussert er, dass es schon oft verpasst wurde, Stopp zu sagen. Wenn es eine Machbarkeitsstudie gibt und noch weitere Studien, dann kann plötzlich nicht mehr Nein gesagt werden. Er kann sich nicht vorstellen, dass die nationale und kantonale Stufe ein grosses Interesse daran hat, Gelder für zukünftige Projekte massiv zu reduzieren. Er meint, dass hier ein gewisser Handlungsspielraum vorhanden ist. Er gibt zu, dass er über einen Abbruch nicht traurig wäre. Für ihn ist eine andere Routenführung eine alternative Variante. Er bestätigt, dass mit einer Rückweisung oder dem jetzigen Verhalten riskiert wird, dass es in Bezug auf die nationalen Zahlungen schiefgehen kann.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass über den Weg bis zum Selveareal nicht mehr diskutieren werden muss, weil dieser genehmigt ist. Die Variantenstudie, die 2020 in Auftrag gegeben wurde, beinhaltet den Weg von der Allmendbrücke weiter Richtung Schwäbis. Diskussionen haben gezeigt, dass man mit Steffisburg besprechen muss, wo die Variante dort genau weiterführen soll. Für sie ist nicht nachvollziehbar, dass dies jetzt noch abgeklärt werden muss. Dies wäre Teil des Studienauftrags gewesen. Der Kredit wurde 2020 vergeben und es sollte alles abgeklärt sein, um mit dem Projekt zu starten. Es kann sein, dass es auf Bundesebene zu Verschiebungen kommt, wenn man gewisse Kredite oder Finanzierungszusagen hat. Lehnt man jedoch so ein Projekt ab, hat es zur Folge, dass weitere Projekte vom Agglomerationsprogramm beim Bund in die Kategorie C fallen. Seiner Meinung nach kann man hier direkt in ein Projekt übergehen und diese Linie prüfen. Die Machbarkeitsstudie sieht er als nicht notwendig.

Jonas Baumann (EVP) bezieht sich auf das Beispiel von Stadtrat Valentin Borter und hält fest, dass man von zwei Grundstücken sprechen müsste, da es um den Antrag für den hinteren Teil gehen würde. Auch hält er fest, dass bezüglich des Problems mit der SBB auch die Möglichkeit besteht, Alternativen zu suchen und den Parkplatz so stehen zu lassen. Auf das Beispiel bezogen, wäre es korrekt zu sagen, man habe drei Grundstücke. Eines davon könnte teurer werden, das Haus könnte aber auch auf zwei Grundstücken realisiert werden, was nicht ganz so schön wäre.

Martin Allemann (SP) stellt fest, dass im Rat einstimmig erkannt wurde, dass das Geschäft nicht optimal gelaufen ist. Seiner Meinung nach gilt es jetzt zu überlegen, was vom Gemeinderat zukünftig bei solchen Projekten verlangt werden muss. Dies könnte eine periodische Informationsvermittlung an die SAKOs sein, zum Stand der Geschäfte. Dies gäbe Sicherheit, dass die Geschäfte im Sinne des Stadtrats weiterverfolgt werden. Auch könnte man rechtzeitig vom Gemeinderat mehr Effort verlangen. Er schlussfolgert, dass der Gemeinderat die SAKOs mehr über den Stand der Geschäfte informieren müsste. Es braucht eine Liste über die einzelnen Geschäfte, die laufend aktualisiert wird. Dies ermöglicht, dass laufend, und nicht erst im Nachhinein nach 16 Jahren reagiert werden kann. Er bittet den Stadtpräsidenten, sich dazu zu äussern, allenfalls mit einem Vorschlag einer solchen Pendenzenliste.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass die OPR nicht ohne Tiefbauamt erarbeitet wurde. Er nimmt es als Unterstellung der SVP gegenüber auf, wenn hier vom Hübelitunnel und der Aarequerung gesprochen wird, mit dem Wink, die SVP wolle diese ja unbedingt. Er betont, dass die SP mitunter verantwortlich dafür war, dass das SEVI-Projekt nicht zustande kam. An dem leide man noch heute.

Nicole Krenger, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, zeigt sich ratlos. Sie hörte heraus, dass es den Veloweg aus Sicht der SVP nicht brauche. Ob die Fraktion FDP/Die Mitte den Veloweg grundsätzlich will oder nicht, hat sie nicht herausgehört. Wenn man der Meinung ist, dass es den Veloweg nicht zwingend brauche, dann kann sie das Abstimmungsverhalten nachvollziehen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, berichtigt, nicht geäußert zu haben, dass sie gegen den Veloweg sind. Sie haben 2015 und 2020 zugestimmt. Im Grundsatz fand man, es brauche diesen. Die Variantenstudie hätte Klarheit bringen sollen, wo die Verbindung nach der Allmendbrücke durchgehen soll. Die Verbindung bis zur Allmendbrücke müsste nicht mehr diskutiert, sondern umgesetzt werden, da dieser Kredit bereits gesprochen ist.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, fasst zusammen, dass die Fraktion grundsätzlich für diese Langsamverkehrsverbindung ist, sie jedoch das Instrument in Form der Machbarkeitsstudie als nicht zweckdienlich sieht.

Der Stadtpräsident akzeptiert die Kritik nach fehlender politischer Priorisierung. Er möchte allerdings ganz klar festhalten, dass es nicht an fehlender Motivation oder Unlust der Mitarbeitenden gelegen hat. Er betont den Fachkräftemangel. Gute Mitarbeitende, die weiterziehen, sind schwierig zu ersetzen. Der Rat muss sich bewusst sein, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung motiviert arbeiten, aber auch einmal Fehler machen können. Wenn die Politik diese Leute nicht wertschätzt, werden sie irgendwann weiterziehen. Dann wird noch weniger gemacht. Es ist ihm ein Anliegen, zu sagen, dass die Mitarbeitenden der Thuner Stadtverwaltung einen sehr guten Job machen. Er weist darauf hin, dass es sich um politische Rahmenbedingungen handelt. Es kann sein, dass der Gemeinderat politisch steuern muss. Er äussert, dass sich alle über die Dauer des Projekts beklagten, niemand aber etwas von der Interessenlinie der SBB sagte. Seiner Meinung nach wurde dieses Argument nicht gewürdigt. Es gibt objektive Gründe dafür, dass etwas nicht in der gewünschten Zeit stattfindet. Beat Baumann, Leiter Tiefbauamt, hat in einem Gespräch geäußert, dass auch sie mit dem Tempo nicht zufrieden sind, es aber Gründe dafür gibt. Er appelliert, dass man bei bestehender Frustration in der Politik vorsichtig sein muss, um jene, die frustriert sind, nicht noch mehr zu frustrieren. Er erklärt, dass inhaltlich hier von der zweiten Etappe gesprochen wird. Seiner Meinung nach bezieht sich die Argumentation von Stadtrat Mark van Wijk auf die erste Etappe. Die anderen

Kredite sind formell nicht Teil von diesem Geschäft. Er bestätigt aber, dass der Rat Anspruch hat auf Transparenz der getätigten Kosten. Dem Rat wurde rappengenaue mitgeteilt, inwiefern die beiden Kredite ausgeschöpft sind. Er wiederholt, dass bemängelt wurde, dass mit Steffisburg noch keine Finanzierbarkeit verhandelt wurde. Dies ist die Folge davon, dass man noch nicht wisse, wo die Brücke durchführen soll. Die Machbarkeitsstudie soll als Grundlage dienen, um mit Steffisburg verhandeln zu können. Er untermauert, dass die Partnergemeinde Steffisburg mit dem hier diskutierten Kredit schneller war. Er hat keine Bedenken, dass sich die Gemeinde Steffisburg an der Brücke beteiligen wird. Verhandelt werden kann aber erst dann, wenn man die Kosten kennt. Er findet, dass man sich die Grundsatzfrage von Stadtrat Philipp Deriaz, ob es diesen Veloweg wirklich braucht, stellen kann. Seiner Meinung nach ist allen ersichtlich, was der Vorteil einer solchen Veloverbindung entlang der Bahn wäre. Der Stadtrat hat zweimal gesagt, man wolle diesen. Müsste für die Parkplätze zu viel bezahlt werden, dann käme ein Nachkredit zum Zuge. Dann kann immer noch gesagt werden, man lehne ab. Nach der Machbarkeitsstudie wird ein Wettbewerbsverfahren und ein Realisierungskredit folgen. Das Projekt wird im Stadtrat noch öfters diskutiert werden. Dann wird es um andere Beträge gehen, bei denen die Grundsatzfrage nochmals aufgeworfen werden kann. Stadtrat Jonas Baumann hat vom Gemeinderat «all in» gefordert. Diesbezüglich äussert der Stadtpräsident, dass die Diskussion sie veranlasst hat, einen Trumpf nach dem anderen bereits auf den Tisch zu legen. Da man sich in Verhandlungen befindet, hätten sie lieber noch einiges an Informationen für sich behalten und rechtzeitig eingebracht. Mit «all in» könnte man der SBB diese Million zusprechen, was sie aber nicht wollen. Sie wollen das Geld im Auge behalten und den Kredit einhalten können. Weiter äussert er, dass aktuell Verhandlungen zwischen der BLS und der SBB bezüglich Übernahme laufen. Mitunter geht es dabei um Liegenschaften, was er als nicht zwingend vorteilhaft beurteilt. Er geht davon aus, dass die SBB einen Anreiz darin sieht, diese hoch zu bewerten, so auch die Parkplätze. Bei den Verhandlungspartnern geht es nicht nur um einige Parkplätze. Auch diese sind in einem Gesamtkorsett eingebettet. Damit begründet er, dass es im Hintergrund komplizierter ist. Dies aufgrund von Umständen, die auch sie nicht zu vertreten haben. Diese haben möglicherweise Auswirkungen auf den Anreiz für die SBB, hier eine Lösung zu finden. Er erklärt, dass sie eine andere Überlegung machen, als dies Stadtrat Valentin Bortier anhand von dem genannten Beispiel tut. Geht man von den 10 Mio. Franken aus, die es kosten könnte, rein theoretisch, dann zahlt der Bund mit 40 Prozent, 4 Mio. Franken. Von dem Übrigbleibenden zahlt der Kanton 35 Prozent. Zusammen ergibt dies zirka 60 Prozent, also 6 Mio. Franken vom Ganzen. Gelingt ein gutes Verhandeln mit der SBB, so zahlen auch diese einen Teil. Es braucht somit den Einsatz von einem Viertel der Gesamtkosten. Für diesen Viertel profitiert man zu 100 Prozent vom Nutzen. In Zahlen zeigt er auf, dass man für 2.5 Mio. Franken eine Veloverbindung erhält, die 10 Mio. Franken kostet. Auf das Beispiel vom Privaten zurückzukommen, müsste der Vergleich lauten, die Chance besteht, im 2027 sechs bis sieben Mio. Franken zu erhalten, wenn jetzt 180'000 Franken investiert werden. Er untermauert, dass sie die Chance, das Geld zu erhalten, nicht gefährden wollen. Er findet das Argument von Stadtrat Marc Fritschi legitim, dass man bezüglich des Vorgehens bei grossen Projekten geteilter Meinung sein kann. Er hält jedoch fest, dass dem Gemeinderat die Kenntnisse fehlen, um zu sagen, wo die Brücke stehen soll. Man könnte jemanden engagieren, der dies beurteilt. Erfahrungen haben gezeigt haben, dass bei Bauvorhaben in einem solch sensiblen Gebiet und am Wasser diverse Organisationen mitsprechen wollen, die sich für ihre Interessen einsetzen. Dazu zählt er Fischer, den Heimatschutz, die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission, Private und Weitere. Dies erzeugt eine Welle an Einsprachen. Es kann besser argumentiert werden, wenn auf Grundlagen verwiesen und aufgezeigt werden kann, was geprüft wurde. Welche Variante schlussendlich schneller ist, kann im Voraus nicht beurteilt werden, weil man nicht weiss, wer eine Einsprache macht. Er verweist auf das Beispiel Hoffmatte, bei dem es von der Volksabstimmung bis zum rechtskräftigen Entscheid drei Jahre dauerte. Seiner Meinung nach ist dies unzumutbar. Er befürchtet, hier das Risiko für eine solch lange Verfahrensdauer zu erhöhen, wenn keine seriösen Grundlagen geschaffen werden.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. Februar 2023

beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 180'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.026, für die Durchführung der ersten Stufe des zweistufigen qualitätssichernden Verfahrens.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Rat folgt dem Antrag des Gemeinderates mit 20 : 17 stimmen.

37. Postulat P 36/2022 betreffend Solaroffensive auf städtischen Liegenschaften

Fraktion Grüne/JG vom 17. November 2022; Beantwortung

Der Gemeinderat Reto Schertenleib mutmasst, dass der Vorstoss aufgrund einer falschen Grafik im Thuner Tagblatt, zumindest in der Online-Version, entstanden sein könnte. Die Grafik hat suggerieren lassen, dass die Stadt Thun auf ihren Liegenschaften nur eine einzige PV-Anlage in Betrieb hat. Dies auf dem Kindergarten Seefeld. Sie haben mit der tabellarischen Aufzeichnung in der Beantwortung versucht darzustellen, dass dem nicht so ist. Sie sind der Meinung, dass sie bereits viel machen und die Solaroffensive bereits gestartet haben. Er hält fest, dass eine PV-Anlage nicht auf allen Dachflächen möglich ist. Gerade bei grossen attraktiven Dächern gibt es statische Probleme, was die Platzierung einer PV-Anlage verunmöglicht. Er bittet, dem Antrag vom Gemeinderat Folge zu leisten.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort, auch wenn sie sich mehr erhofft hätten. Der Prüfauftrag war nicht, einige vorbildliche Teile der städtischen Dachflächen zu prüfen, sondern alle. Sie finden, dass die Antwort keinen Ansatz zur systematischen Prüfung erkennen lässt und keine Übersicht über die städtischen Dachflächen bietet. Ihrer Meinung nach wird die Antwort dem Ernst der Lage nicht gerecht. Dies erstaunt, gerade in Anbetracht der ernststen Herausforderungen im Energiebereich und der Vorbildfunktion der Stadt. Der erwartete erwähnte Eigenverbrauch herbeizuziehen, erachten sie spätestens seit der Energieperspektive 2050+ als nicht mehr zeitgemäss. Dies führt dazu, dass das Potenzial für den Winterstrom nicht voll ausgeschöpft wird. Die im Postulat erwähnten Fassadenflächen, die von grosser Bedeutung sind, werden in der Antwort vom Gemeinderat nicht erwähnt. Sie bitten den Gemeinderat um eine vollständige Übersicht und eine sinngemässe Umsetzung des Postulats. Die Fraktion nimmt den Antrag an und fordert die Nicht-Abschreibung.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, schliesst sich vollumfänglich der Argumentation von Gemeinderat Reto Schertenleib an. Die Fraktion unterstützt den Antrag vom Gemeinderat.

Simon Werren, **Fraktion FDP/Die Mitte**, hat den Eindruck, dass sich die Postulanten der Fraktion Grüne/JG auf den Artikel im Thuner Tagblatt verlassen haben. Sie sind der Meinung, dass manchmal auch eine direkte Anfrage bei der zuständigen Direktion weiterhelfen würde. Aus ihrer Sicht ist die Stadt in Sache PV-Anlagen auf einem guten Weg und macht in Sachen Solararbeit eine gute Arbeit. Sie finden es gut, wenn Schritt für Schritt vorangegangen wird und die Anlagen sorgfältig geplant und erstellt werden. Dem Bericht ist zu entnehmen, welche Anlagen in der Ausführung und welche noch in der Projektierung sind. Zudem bestehen bereits diverse Anlagen auf städtischen Liegenschaften. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, äussert, dass die Fraktion die Antwort vom Gemeinderat positiv zur Kenntnis genommen hat. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass der Ausbau an PV-Anlagen auf städtischen

Liegenschaften besser ist, als man annehmen musste. Sie sehen den Fortschritt und erkennen den guten Willen. Trotzdem erwarten sie, dass der Thematik einen höheren Stellenwert beigemessen wird und diese intensiver angegangen wird. Sie sind überzeugt, dass das Potential noch nicht vollständig ausgeschöpft ist. Sie werden das Postulat annehmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, unterstützt die Idee einer Solaroffensive. Sie finden es ebenfalls gut, dass die Stadt weiter ist, als dies das Postulat gemeint oder die Zeitung dargelegt hat. Sie finden, dass eine Solaroffensive nicht nur der Stadt, sondern generell guttäte. Mit einer Solaroffensive könnten auch die Privaten unterstützt werden. Dies ist mit dem Förderprogramm ebenfalls angedacht. Erfahrungsgemäss beurteilt er, dass es oft nicht an der finanziellen Unterstützung fehlt. Er bezweifelt, ob es die Förderung von PV-Anlagen wirklich brauche. Nach ihm braucht es zwingend die Unterstützung von privaten Bauherrschaften oder Unternehmungen, besonders auch für deren Motivation, etwas zu tun. Weiter braucht es ein Argumentarium, das viele veraltete Argumente widerlegt, wie jenes, dass es zu teuer sei und zu viel Energie brauche. Er hält fest, dass sich entgegen der Aussage vom Postulat nicht die Dachflächen eignen, die jünger sind als 25 Jahre oder Flachdächer, die jünger sind als 10 Jahre. Er behauptet, dass sich gerade Dächer, die älter als 50 Jahre sind, eignen. Bei diesen ist längst eine Sanierung angebracht, weil die Ziegel oder ein Flachdach durch sind. So kann eine energetische Sanierung mit einer PV-Anlage kombiniert werden. Dies erachtet er als effizienter, als solche auf fast neuen Dächern zu platzieren. Sie sind für die Annahme und schliessen sich bei der Abschreibung der Fraktion Grüne an. Für den Fall, dass sich jemand angesprochen fühlt, privat eine Anlage zu bauen oder den Nachbarn überzeugen will, legt er Informationsbroschüren auf.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 36 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung an und schreibt es mit 20 : 17 Stimmen nicht ab.

38. Postulat P 37/2022 betreffend «Gärten des Grauens»

Fraktion Grüne/JG vom 17. November 2022; Beantwortung

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass «Gärten des Grauens» der Titel eines Blogs vom Deutschen Biologen Ulf Soltau ist. Dieser Blog handelt von Kiesgärten in Deutschland. Aufgrund des Blogs wurden solche Gärten dort teilweise verboten. Ulf Soltau nennt diese Gärten auch Suizidalgärten oder Psychopathengärten. Ihm geht es primär um die Biodiversität. Gemäss Studie der Zeitschrift Nature verzeichnet man von 1989 bis 2015 einen Rückgang von über 75 Prozent, dies hauptsächlich bei den Fluginsekten. Dies wurde 2019 vom Bundesamt für Umwelt auch für die Schweiz bestätigt. Sie betont, dass die gesamte natürliche Nahrungskette von einer ausreichend und divers vorhandenen Insektenwelt abhängt. Laut diesem Bericht ist, nebst dem Kulturland und den Wäldern, der Siedlungsraum massgeblich an diesem drohenden Aussterben beteiligt. Zu viele exotische Pflanzen und Totgrünflächen, wie Gärten, die mit viel Dünger und Chemie bearbeitet werden, bieten zu wenig Lebens- und Fortpflanzungsraum. Schotterflächen, Steingärten, versiegelte Plätze, Steinkorbmauern und Kiesflächen sind für die Kleintierarten ein Friedhof, also Gärten des Grauens. Sie plädiert dafür, dass die Biodiversität die notwendige Gewichtung erhält. Es braucht dringend eine Aufwertung von sämtlichen möglichen Flächen. Dies nicht nur im Strassenraum, sondern auch an allen anderen Orten. Sie verweist auf die in der neuen OPR enthaltene Grünflächenziffer. Diese ist ihrer Meinung nach nicht ausreichend definiert. Ein englischer Rasen bietet für Insekten und deren Vermehrung nicht die notwendige Grundlage. Es braucht qualitativ hochwertig gestaltete Flächen, die zusätzlich massgeblich zur Regulierung des Temperaturanstiegs in den Sommermonaten beitragen. Sie findet es nicht ausreichend, nur im Rahmen von Neu- und Umbauprojekten darauf zu achten. Auch findet sie es nicht ausreichend, dass im Spätsommer 40 Stellenprozent für die Biodiversität besetzt werden. Beim Postulat von Stadtrat Franz Schori wurden noch 80 Prozent versprochen. Nun sei bekannt, dass dies falsch war und dass es nur 40 Stellenprozent sind. Sie betont, dass es einen Kollaps

geben wird. Mit Freude haben sie gelesen, dass es im 2024 eine Informationskampagne geben soll. Sie hoffen, dass in dieser nicht nur der Strassenraum, sondern auch die Gärten und deren Bepflanzung mit all den Lebensräumen für Insekten und Kleintiere berücksichtigt werden. Sie wünschen sich für den Gesamt-aussenraum eine deutlich aktivere Verwaltung. Für sie geht es hier eindeutig zu wenig schnell. Sie plädiert dafür, dass der Stadtpräsident und die Verwaltungsmitarbeitenden die nötige Unterstützung erhalten, damit mehr als nur 40 Stellenprozente für die Biodiversität eingesetzt werden können. Sie nehmen den Antrag an und schreiben in der Hoffnung, dass etwas geschieht, ab. Sie behalten sich vor, das Thema wieder aufzugreifen, sollte innert zeitnaher Frist nichts geschehen.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, begrüsst, dass der Gemeinderat mit der Stadt Thun eine Vorbildrolle einnehmen und auch private Eigentümerinnen und Eigentümer zur Förderung der Biodiversität motivieren will. Sie fragen sich, ob der Biodiversität mit nur 40 Stellenprozenten wirklich genügend Beachtung geschenkt wird. Dabei weist sie darauf hin, dass die Zeit von 40 Stellenprozenten schnell aufgebraucht ist, wenn während der Arbeitszeit noch Sitzungen beigewohnt werden muss. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Simon Werren, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet es ein gutes Zeichen, wenn die Stadt Thun in Sachen qualitätsvolle Aussenflächenräumen eine vorbildliche Rolle einnimmt. Das Thema ist bei den Verantwortlichen der Stadt angekommen und wird mit der nötigen Sorgfalt behandelt. Sie finden es wichtig, in diesem Zusammenhang auch die Privaten zu informieren und zu sensibilisieren. Er weiss, dass der eine oder andere dabei sein wird, der von einem solchen Thema nicht überzeugt werden kann. Sie sind der Auffassung, dass dem Thema Biodiversität mit dem Schaffen von 40 Stellenprozenten die nötige Gewichtung geschenkt wird. Er äussert, dass damit vielleicht auch Gärten der guten Hoffnung entstehen können. Die Fraktion wird annehmen und abschreiben.

Franziska Eggenberger, **EDU**, beobachtet erfreut, wie es draussen wieder grüner und grüner wird. Ihrer Meinung nach würden wahrscheinlich alle beipflichten, dass die Stadt im Sommer noch grüner sein dürfte. Wenn es nach ihr ginge, hätte es überall noch mehr Blumen. Sie weist darauf hin, dass nicht jeder Garten, der grün ist, eine gute Grundlage für die Biodiversität bietet. Ein kurzgeschnittener, vom Roboter gemähter, gedüngter Rasen hat mit Biodiversität gleich viel zu tun wie der Parkplatz vor dem Haus. Sie findet, dass die Stadt mit der neu geschaffenen Anlauf- und Koordinationsstelle als gutes Beispiel vorangeht. Sie ist erfreut über die Antwort, dass die Absicht besteht, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu sensibilisieren. Ein Garten ist mit viel Arbeit verbunden. Sie verspricht sich von dieser Aufklärung Merkblätter und Veranstaltungen für interessierte Privatpersonen, die Mittel der Biodiversität aufzeigen, wie auch den Pflegeaufwand und die Kosten. Diese können geringer ausfallen, als man meint. Sie weiss, dass die Stadt Bern beispielsweise seit zwei Jahren Gärten, Balkone, Terrassen, Wohn- und Familiengartenparzellen auszeichnet, wenn die Biodiversität erhalten und gefördert wird. Je mehr Personen sich an dieser ökologischen Ausweitung beteiligen, desto mehr verknüpft sich das Netz zu einem qualitativ guten Lebensraum in der Stadt. Die Fraktion folgt dem Antrag vom Gemeinderat.

Stadtrat Philipp Deriaz verlässt die Sitzung um 19.10 Uhr.

Christoph Lauener (SVP) findet, die Gesellschaft ver falle einer Überregulation. Alles soll geregelt werden. Er führt auf, dass Bevormundung zu Unselbstständigkeit führt. Bezüglich der Thematik von Versiegeln und Entsiegeln hält er fest, dass es verschiedenen Auffassungen von Umschwunggestaltungen gibt. Die Meinungs- und Wirkungsfreiheit sollte weiterhin Platz haben. Das Baureglement regelt die Handhabung bezüglich der Grünfläche. Diese liegt bei 35 bis 45 Prozent, also fast der Hälfte. Er persönlich findet es den falschen Ansatz, wenn der Staat, oder hier die Stadt, sagt, was gemacht werden muss. Kontrovers nennt er, dass einige grüne Grossflächen wie jene vom Siegenthalergut überbaut werden. Auch wurde bezüglich OPR diskutiert, dass für Fahrzeuge Einstellhallen gebaut werden sollen. Er mutmasst, dass es auf deren Dächern wahrscheinlich vom Roboter gemähter Rasen geben wird. Er äussert, dass bei einer guten Entwässerung alles grün, ansonsten aber dürr und braun sein wird. Weiter wird in die Höhe gebaut. Dabei

gilt zu beachten, dass jeder am Boden Fläche braucht, um seine Fahrzeuge aller Art zu platzieren. Auch ein E-Auto braucht einen Parkplatz, also eine versiegelte Fläche. Bei Verknappung der Parkplätze werden Angebot und Nachfrage angeregt und die Preise steigen. Als Beispiel nennt er Bern. Die Parkplätze sind teuer, was für auswertige Pendler problematisch sein kann. Jene mit einem tieferen Einkommen vermögen einen solchen Parkplatz nicht mehr. Er bezieht sich auf den Aspekt der Chancengleichheit und hält fest, dass nur jene mit Geld die Chance auf etwas haben und die anderen leer ausgehen. Er äussert, dass schlussendlich der Markt sagen wird, was geht. Als Fazit äussert er, dass zu viele Staats- oder Stadteinmischungen nicht gut sind, wie dies auch die Geschichte und Gegenwart des angesprochenen Nachbarstaates zeigt. Er hat das Gefühl, dass im Bereich Umschwung und Garten genug geregelt ist. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, korrigiert, dass auch sie nicht für eine Überregulation sind. Es geht darum, dass eine Reduktion von Insekten um 75 Prozent eine grosse Gefahr mit sich bringt. Die gesamte Nahrungskette hängt von diesen Insekten ab. Wird denen nicht Sorge getragen und jetzt nicht die Bremse gezogen, so wird es irgendwann ein grosses Problem geben. Es sei denn, Nahrungsmittel werden nur noch in Fabriken hergestellt. Jede Blume braucht eine Biene. Auch Weizen braucht Insekten, anders gehe es nicht. Sie betont, dass man an einem so genannten «Point of no return» angekommen ist. Bezüglich Artenvielfalt muss jetzt gehandelt werden. Zu der erwähnten Grünflächenziffer wiederholt sie, dass nicht jede Grünfläche gut für die Artenvielfalt ist. In den geplanten neuen Siedlungen wie zum Beispiel Siegenthalergut werden die Autos in den Einstellhallen stehen und die Gebäudedächer begrünt sein. Ihrer Meinung nach gilt das Argument nicht, dass die Fahrzeuge Platz brauchen, da die Parkplätze unterirdisch sind. Auch Fahrradunterstände können begrünt werden. Im Postulat wurde die Entsiegelung von Flächen erwähnt, keine Parkplatzverhinderung. Parkplätze können auch auf Rasengittersteinen oder Sickersteinen erfolgen. Sie betont, dass ein biodiverser Garten im Unterhalt deutlich günstiger ist. Es muss weder wöchentlich Rasen gemäht werden, noch braucht es Dünger, Fungizide oder Pestizide. Ein biodiverser Garten beinhaltet Sträucher, die nicht fortlaufend zurückgeschnitten werden müssen. Es gibt eine solch grosse Vielfalt an einheimischen Pflanzen, dass es keine Schwierigkeit darstellt, die Gärten vielseitig umzugestalten. Sie weist darauf hin, dass viele Pflanzen, die für die Insekten oder die Tierwelt nicht gut sind, invasiv sind. So sollte beispielsweise der Lorbeer verboten werden. Sie erwähnt, dass dies dann eine Überregulierung wäre.

Christoph Lauener (SVP) hält fest, dass er selbst einen grossen Teil an wildem Garten hat. Er plädiert an den gesunden Menschenverstand. Es könne nicht sein, dass der Staat hier regulieren muss. Jeder, der einen Garten hat, merkt selber, was er will. Er appelliert an die Eigenverantwortung und die Denkensfreiheit.

Valentin Borter (SVP) weist darauf hin, dass die Schweiz im Jahr 2005 7.4 Mio Einwohner hatte. Im Jahr 2021 waren es bereits 8.67 Mio Einwohner. Er war erfreut, dass Rasengittersteine erwähnt wurden und findet, solche sollten nicht gleich beurteilt werden, wie asphaltierte Flächen. Er bedauert, dass dies in der Grünflächenziffer nicht entsprechend definiert ist.

Gemeinderat Reto Schertenleib zeigt sich wenig überrascht darüber, dass die Stellenprozente erwähnt wurden. Er versichert, dass er und auch das Tiefbauamt grossen Wert auf die Biodiversität legen. Die Biodiversität beinhaltet ein breites Spektrum. Sie kamen zum Schluss, sich, auch im Rahmen der Weiterentwicklung im Tiefbauamt, neu aufzustellen. Er bestätigt, dass diese Stellenprozente in einem früheren Stadtratsbericht mit den 80 Prozent für Biodiversität missverständlich beschrieben wurden. Aufgrund der Reorganisation ist ein Teilprozent dieser Stelle nicht mehr nur bei einer Person angesiedelt. Die Stelle wurde aufgeteilt. Es gibt viele Teams und Fachbereiche, die sich um die Biodiversitätsfragen kümmern. Praktisch jeder Bereich vom Tiefbauamt hat mit der Biodiversität zu tun. Die Kompetenzen wurden viel breiter aufgestellt und werden weiter auf- und ausgebaut. Er findet es positiv, wenn die Verteilung breit ausgelegt ist und die Betrachtung durch verschiedenen Fachsichten erfolgt. Er erwähnt, dass glücklicherweise jemand für die ausgeschriebene Stelle gefunden werden konnte, was nicht selbstverständlich ist.

Die Personen werden im Spätsommer beginnen. Er betont, dass, sich diese Leute um die Sensibilisierung, gerade auch von Privaten, kümmern werden und als Anlaufstelle für Fragen dienen. Er erklärt, dass den- noch nicht gleich im September eine grosse Kampagne erwartet werden kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 25 : 9 Stimmen an und schreibt es einstimmig ab.

39. Postulat P 35/2022 betreffend Bootsplatzverordnung

Fraktion SVP, Fraktion glp/EVP/EDU, Fraktion Die Mitte sowie Barbara Lehmann Rickli (FDP), Mark van Wijk (FDP) und Claude Schlapbach (FDP) vom 27. Oktober 2022; Beantwortung

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es ist allgemein bekannt, dass die Nachfrage nach Bootsplätzen das Angebot in den Häfen vom ganzen Kanton oder gar der gesamten Schweiz übersteigt. Somit sehen sie auch die Stadt Thun gezwungen, freierwerdende Parkierungsmöglichkeiten für Boote nach einer Zuteilungsordnung zuzuweisen und eine Warteliste zu führen. Artikel 12 der Bootsplatzverordnung sieht lediglich vor, dass das ABS freierwerdende Bootsplätze aufgrund der Bootsmasse und der ununterbrochene Dauer des Wartelisteneintrags zuteilt. Anders ausgedrückt heisst das für ihn «der Ender isch der Gschwinder», sofern die Bootsmasse stimmen. Wer den Hafenbau mitfinanziert hat, muss zur Kenntnis nehmen, dass allenfalls auswärtige Bootsbesitzer Vorrang haben. Er lässt im Raum stehen, inwiefern der Zuschlag von 50 Prozent auf den Mietzinsen für nicht in Thun wohnhafte Personen eine Privilegierung für Einheimische darstellen soll. Er hat festgestellt, dass Spiez, Brienz und Iseltwald in ihren Verordnungen und Reglementen eine Bevorzugung von Einheimischen Bootsbesitzer vorsehen. Er fragt sich, warum nicht auch Thun dies so handhaben soll. Der neu formulierte Artikel 12 Absatz 1 soll diesen Missstand beheben. Die Postulanten fordern nicht eine ausschliessliche Vergabe an in Thun wohnhafte Personen, wie dies in der Antwort des Gemeinderates seiner Meinung nach irreführend erwähnt wird. Die Thunerinnen und Thuner sollen lediglich in der Reihenfolge bevorzugt werden. Auch wurde nicht gefordert, dass bisherigen Mietern mit dem neu formulierten Artikel 12 Bootsplätze gekündigt werden sollen. Die Stadt Thun soll auch hier verlässliche Partnerin bleiben. Sie haben mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat bei Annahme des Postulates bereit ist, eine entsprechende Zuteilungsordnung einzuführen. Sie gehen davon aus, dass die notwendigen Ergänzungen bezüglich der Zuteilung bis Ende Jahr realisiert werden können. Die Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist froh, dass der Gemeinderat einer Optimierung der Zuteilung der stadt eigenen Bootplätze zumindest leicht positiv zustimmt. Er weiss, dass es einen schwierigen Bereich betrifft, mit einer unschönen Kombination von knappem Angebot und unerfüllter Nachfrage. In Betracht der überfüllten Wartelisten und jahrelangen Wartezeiten ist es für sie nachvollziehbar, dass das Interesse der Einheimischen Priorität haben sollte. Allein die örtliche Nähe zu einem Bootsplatz verspricht, dass eine optimale Ausnützung möglich ist und regelmässig erfolgt. Er findet es gut, dass es für den Gemeinderat nicht in Frage kommt, bestehende Mietverträge kurzfristig zu kündigen. Diese Antwort lässt für ihn die Option offen, dass mittel- oder langfristig auswärtig vermietete Bootsplätze für Einheimische freigemacht werden können. Dies selbstverständlich mit längeren Übergangsfristen. Sie finden es wichtig, zu beobachten, ob die heute verabschiedete Priorisierung eine erste Wirkung entfaltet. Sie fänden es wünschenswert, nach der Auswertung eine präzisere Formulierung, als jener vom Postulat, vorzunehmen, damit klar definiert ist, wer mit Thunerinnen und Thuner gemeint ist. Die aktuell formulierte Begrenzung mit den Postleitzahlen 3600 bis 3646 gehen ihrer Meinung nach etwas weit. Es wäre interessant zu sehen, wie viele wirklich in Thun verpflichtete Steuerzahlende sind. Sie erwarten, dass eine bestmögliche Überprüfung der Gebrauchspflicht erfolgt, um die optimale Ausnützung der vorhandenen Bootsplätze zu ermöglichen. Sie finden, es gäbe smartere Möglichkeiten als eine GPS-Pflicht, zum Beispiel Webcams oder regelmässige Augenaufsicht vor Ort. Sie werden dem Antrag Folge leisten.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, kann das Anliegen nach Bevorzugung von Einheimischen bei der Zuteilung von Bootsplätzen nachvollziehen. Dies ist für einen Teil der Fraktion wünschenswert. Die Mehrheit der Fraktion begrüsst eine Zuteilungsordnung. Sie würde neben der Bevorzugung von Einheimischen eine Priorisierung von Boot-Sharing-Angeboten und Bootsgemeinschaften begrüssen. Sie fragt sich hin und wieder, wem all die Boote gehören, die an Land stehen oder vor sich hindümpeln. Mit Sharings würden Boote öfters bewegt werden und es kämen mehr bootfreundige Menschen zum Zuge. Auch würden dadurch nicht, ungenutzte, individuell gehaltene, Boote unnötig Platz belegen. Die Fraktion nimmt das Postulat mehrheitlich an.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte** findet, dass mehrere Gründe für eine Anpassung von Artikel 12 der Bootsplatzverordnung im Sinne des Postulats sprechen. Sie findet es sinnvoll, wenn die Gemeinden rund um den Thunersee die Bootsplatzzuteilungen einheitlich handhaben. Auch ist es im Sinne vom Umweltschutz und der Nachhaltigkeit, wenn Bootsbesitzer nicht weite Wege auf sich nehmen müssen, um zu ihrem Boot zu gelangen. Für sie ist das Argument, dass Thuner Steuerzahler die Hafenanlagen unterhalten, berechtigt. Sie plädiert für «Thun first». Die Mehreinnahmen durch Auswärtige stellen offenbar keine grosse Einnahmequelle dar. Sie findet, dass dies nicht als Argument gegen eine Anpassung von Artikel 12 genommen werden kann. Sie sind ebenfalls der Ansicht, dass bestehende Mietverhältnisse nicht gekündigt werden sollen. Dennoch sollte sich mit den Jahren eine Tendenz hin zu Thuner Hafenplatzbenutzer abzeichnen. Sie findet, dass auch dem Artikel 5 der Bootsplatzverordnung ein Augenmerk geschenkt werden sollte, damit dieser nicht als Grund für eine missbräuchliche Weitergabe des Bootsplatzes genutzt werden kann. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, bedankt sich für den Vorstoss und die Beantwortung. Die Fraktion versteht die vom Gemeinderat geäusserten Bedenken, diese erst kürzlich in Kraft gesetzte Verordnung bereits zu überarbeiten. Sie verstehen aber auch das Anliegen, Thuner Steuerzahlende zu bevorzugen. Da in der Fraktion die verschiedenen Argumente unterschiedlich gewichtet werden, erfolgt die Abstimmung in der Fraktion wahrscheinlich nicht einheitlich. Der Gemeinderat ist bereit, bei einer Annahme des Postulates einen Zuteilungsordnung einzuführen. Er fragt sich, ob dieser Auftrag bei der vom Gemeinderat empfohlenen gleichzeitiger Annahme und Abschreibung dennoch erfolgen wird. Sollte es zu einer Änderung der Zuteilungsordnung kommen, gibt die Fraktion nebst den genannten Punkten noch drei weitere Kriterien mit auf den Weg. Aus ihrer Sicht müssten die Plätze weiterhin kostendeckend vermietet werden. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste über die Höhe der Gebühren diskutiert werden. Weiter sollten ihrer Meinung nach Nutzungsgemeinschaften und Boot-Sharings Vorrang haben. Weiter können sie sich vorstellen, dass emissionslose oder emissionsarme Boote den fossilbetriebenen Booten gegenüber bevorzugt behandelt werden.

Sandro Badertscher (PARTEILOS) äussert, dass Bootsgemeinschaften die Anzahl der auf dem See Herumfahrenden noch steigern würden und glaubt, dass dies nicht gewünscht ist.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne** argumentiert, dass pro Bootsplatz mehr Leute Freude hätten, was positiv zu bewerten ist.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt für die wertvollen Hinweise zu der Bootsplatzverordnung. Der Gemeinderat begrüsst innovative Ideen. Sie äussert, dass die Fachstelle Sport bereits dran ist, smarte Lösungen einzufädeln. Zu wenig Plätze und eine grosse Nachfrage zeigen, dass der Markt nicht so spielt, wie das von der einen Seite gewünscht ist. Weiter äussert sie, dass solch innovative Ideen, wie jene mit den Haltergemeinschaften, begrüsst und gefördert werden. Der Gemeinderat hat bei dem Postulat eine Abkürzung genommen. Sie werden es nicht nur prüfen, sondern auch umsetzen. Dies unabhängig davon, ob abgeschrieben wird oder nicht. Sie betont, dass sie sich an das halten, was sie versprechen. Bezüglich dem Misstrauen gegenüber dem Weitergeben in Bezug auf die Regelung gemäss Artikel 5 weist sie darauf hin, dass sie auf die Ehrlichkeit der Bootsplatzmietenden vertrauen. Sie weist auf ein zurückgezogenes Postulat

hin. Aufgrund dessen sah sich der Gemeinderat zu dieser Abkürzung gezwungen, damit bis Ende 2023 eine gute Lösung gefunden werden kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 32 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung an und schreibt es gleichzeitig ab.

40. Postulat P 38/2022 betreffend Bewegungsräume für Schulkinder und junge Erwachsene ab acht Jahren

Fraktion Grüne/JG vom 17. November 2022; Beantwortung

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Sie hält fest, dass in allen vom Gemeinderat erwähnten Dokumenten auf die Wichtigkeit von Bewegungsräumen für alle Generationen hingewiesen wird und es diese zu erstellen gilt. Auch wird auf das UNESCO Label «kinderfreundliche Stadt» hingewiesen. Sie bedauert, dass bei der Beantwortung nicht berücksichtigt wurde, dass es hier explizit um Bewegungsräume für schulpflichtige Kinder und Jugendliche geht. Dies meint Kinder, die sich ohne Erwachsene draussen treffen und bewegen können. Sie weist darauf hin, dass all die neuen, schön gestalteten Spielplätze hauptsächlich für Kleinkinder bis sieben Jahren sind, die engmaschig betreut werden müssen. Den Grösseren bleiben die Schulhausplätze, die oft nicht vielseitig gestaltet sind oder von denen sie vertrieben werden, weil möglicherweise gerade der Rasen gedüngt wurde. Sie findet, dass die Aussenräume von vielen Siedlungen nicht Lust machen, sich dort zu verweilen. Die Jugendlichen seien entweder zu laut oder es dürfen die gepflegten Rasenflächen kaum betreten werden. Sie betont, dass dem veränderten Sport- und Freizeitverhalten der Jugendlichen kaum Rechnung getragen wird. Der Gemeinderat verweist auf die Studie Sport 2020 mit vielen traditionellen Sportarten hin. Er geht aber nicht auf die neuen und bei den Jugendlichen sehr beliebten Sportarten wie Basketball, Skaten, Parcours, BMX und so weiter ein. Sie erklärt, dass es nicht alle bevorzugen, am Mittwochnachmittag einem Fussballclub oder den Kadetten beizuwohnen. Sie wollen sich dennoch draussen aufhalten und treffen können. Sie plädiert dafür, dass Kindern attraktive und motivierende Aussenräume zur Verfügung stehen, zu denen sie ungehemmt Zugang haben und auf denen sie sich austoben können. Sie äussert, dass diese Räume, wenn möglich, in der Nähe von ihrem Zuhause sein sollten, da ein Achtjähriges noch nicht allein mit dem Fahrrad nach Steffisburg zum Pumptrack fährt. Sie ist der Ansicht, dass die Ermöglichung dessen genau gleich eine öffentliche Aufgabe ist, wie ein Spielplatz für die Kleinen. Sie wiederholt, dass es um das Alter von acht bis 25 Jahren oder älter geht. Sie finden es schade, dass trotz konkreten Vorschlägen, wie beispielsweise der Installation von einer Parkour-Anlage, einer Basketballanlage oder einem fest installierter Pumptrack, es dem Gemeinderat oder dem entsprechenden Amt nicht möglich erscheint, entsprechende Flächen zu eruieren. Sie betont, dass sie ganz konkrete Beispiele von freien Flächen genannt haben. Sie weist darauf hin, dass ihre vier Kinder fast jede freie Minute draussen verbringen. Sie selbst hatte in ihrer Kindheit das Glück, in einer Siedlung mit circa 30 Kindern aufzuwachsen. Die Kinder konnten sich in den Siedlungsstrassen austoben. Sie findet, solch geschützte und zugängliche Räume müssen in der Stadt aktiv angeboten werden, weil es diese so nicht mehr gibt. Sie äussert weiter, dass nicht jedes Quartier Anschluss hat an einen Wald hat. Wenn die Räume geschaffen sind, werden sie auch genutzt, wie dies der Platz im Wankdorf zeigt. Sie betont, dass der Lerchenfeldspielplatz regelmässig übevoll ist. Auch ist der Sk8park Sonnenfeld in Steffisburg an freien Nachmittagen und am Wochenende gut besucht. Sie bittet, dass den Jugendlichen gleich viel Gewichtung geschenkt wird, wie den Kleinen. Sie hofft auf Annahme und darauf, dass der Gemeinderat mit dem entsprechenden Amt und allenfalls auch dem AFS und dem Tiefbauamt schaut, wo möglichst zeitnah ein bis drei solche Plätze realisiert werden können. Sie will nichts gegeneinander ausspielen, hält aber fest, dass man bereit ist, für Partikularinteressen in der Sportlandschaft mehrere Mio. Franken auszugeben. Sie bestätigt, dass der Parkour im Wankdorf eine Mio. Franken gekostet hat. Sie erachtet diese Kosten als legitim, wenn dadurch draussen einen Raum geschaffen werden kann für Jugendliche, sich frei bewegen zu können.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass es umso wichtiger ist, frei zugängliche Flächen für Bewegungs- und Begegnungsräume für alle Generationen zu haben, je verdichteter der städtische Raum bebaut wird. Der Gemeinderat zeigt, dass er sich dem Anliegen bewusst ist. Er nimmt das Anliegen im Konzept für Sport- und Bewegungsraum auf und will dem auch mit dem Unicef Aktionsplan 2 Rechnung tragen. Sie glauben, dass es sich nicht um eine öffentliche Aufgabe handelt, wie dies auch vom Gemeinderat bekennt wird. Sie findet, dass in Anbetracht der hohen Kosten von solchen Anlagen eine Zusammenarbeit mit Privaten in Erwägung gezogen werden muss. Dabei denkt sie an den Sportcluster Thun Süd, der durch Private vorangetrieben wird. Die Fraktion hat nichts gegen eine Prüfung des Postulats und nimmt dieses an.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, dankt für die zufriedenstellende Antwort des Gemeinderates. Die Idee des Postulats, die Bewegung der Bevölkerung und besonders von Schulkindern zu fördern, gefällt ihnen. Auch sie finden das wichtig. Die Sportart Parkour ist trendig. Sie braucht körpereigene Fähigkeiten, eine Mauer, ein paar Steine und Winkel. Deshalb finden sie diese als sinnvoll und umweltverträglich. Sie wünschen sich Toleranz für jene, die diese Sportart in Thun bereits ausüben. Sie erwähnt, dass die Idee von Bewegungsräumen allenfalls bei den nächsten Arealentwicklungen bereits etwas prominenter wird. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Alexandre Reymondin, **SVP-Fraktion**, ist grundsätzlich für den Sport. Er hat sich bezüglich des Sinns der Sportart Parkour informiert und zitiert aus Wikipedia «Parkour bezeichnet eine Fortbewegungsart, deren Ziel es ist, nur mit den Fähigkeiten des eigenen Körpers möglichst effizient von Punkt A zu Punkt B zu gelangen. Der Parkour-Läufer bestimmt seinen eigenen Weg durch den urbanen oder natürlichen Raum – auf eine andere Weise als von Architektur und Kultur vorgegeben. Es wird versucht, sich in den Weg stellende Hindernisse durch Kombination verschiedener Bewegungen so effizient wie möglich zu überwinden. Bewegungsfluss und -kontrolle stehen dabei im Vordergrund.» Als Greenhorn fällt ihm auf, dass die Postulanten viel Gutes wollen. Er wird den Eindruck nicht los, dass es um einen Steigerungslauf gehe. Zuerst geht es um die Prüfung von frei zugänglichen Bewegungsräumen im Aussenraum. Gleich darauf folgt, dass die Postulanten Standortideen hätten. Die Prüfung deren wird verlangt, bei gleichzeitiger Nennung einer Idee, was alles installiert werden soll. Er findet die Anlage in Bern gut, beurteilt jedoch die eine Mio. Franken als viel Geld. Ob die Kosten gerechtfertigt sind, darüber kann diskutiert werden. Er bemerkt, dass Bern eine wesentlich grössere Stadt ist und der Betrag auf Thun angepasst werden müsste. Weiter hält er fest, dass sich Bern immer höhere Budgets gibt. Er schlussfolgert, dass man sich nicht mit Bern vergleichen kann. Von den Postulanten richtig beschrieben wird, dass Parkour bereits heute in Thun praktiziert wird. Dies, wie in dem Zitat genannt, auf öffentlichem Raum oder auch im Wald. Die Fraktion ist bereit, das Anliegen anzunehmen. Dies auch mit dem Hintergrund der Ziele der Stadtentwicklung 2035, die so etwas vorsehen. Sie halten fest, dass das Bedürfnis einer solchen Anlage unbestritten ist. Dies in der Planung von zukünftigen Projekten miteinfließen zu lassen, finden sie als selbstverständlich. Sie wollen aber nicht, dass durch dieses Anliegen von heute auf morgen neue Strukturen gebaut werden. Es soll ein stetiger Prozess sein. Dann wird auch dieses Anliegen seinen Platz erhalten.

Nicole Krenger, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, folgt mit ihrer Fraktion dem Antrag des Gemeinderats. Aussenräume, Bewegungsräume und Aufenthaltsräume sind allen ein wichtiges Anliegen und sie interpretieren den Vorstoss in diese Richtung. Es soll nicht auf eine spezifische Anlage wie einen Pumptrack oder eine Parkour-Anlage eingengt sein. Über den Pumptrack wurde im Rat schon öfters gesprochen. Sie findet, der Vorstoss kann analog beurteilt werden. Wenn sich Plätze bieten, können solch Projekte gerne realisiert werden. Sie hoffen auf eine breite Nutzung, so dass auch die Älteren und nicht nur die Achtjährigen davon profitieren könnten.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch dankt für die positiven Voten und die Idee der Postulanten. Sie bejaht, dass Wünschen immer möglich ist. Mit dem Postulat wurden beim Gemeinderat offene Türen eingemacht. Sie wiederholt, dass sie es als Aufgabe der Stadt Thun erachten, zu schauen, wie in dicht besiedeltem Gebiet attraktive Aussen- und Freizeiträume geschaffen werden können. Sie findet auch, dass es

im Interesse der Stadt Thun ist, dass sich Kinder und Jugendliche draussen viel und gerne bewegen können. Dies kann auf vielfältige Art und Weise geschehen. Die breite Auswahl macht Spass, denn so findet jeder und jede etwas für sich Passendes. Sie weist auf die genannten Arealentwicklungen hin und äussert, dass sie fortlaufend prüfen, wo solche Anlagen realisiert werden können. Weiter findet sie, entgegen der Aussage von Stadträtin Natalie Althaus Spinnler, dass die Stadt Thun bereits ein attraktives Angebot für Individualsport hat. Schulanlagen bieten die Möglichkeit zum Basketballspiel. Weiter gibt es einen Pumptrack im Lerchenfeld, einen mobile Pumptrack und Weiteres. Es wurde gesagt, dass es für die Sportart Parkour nichts weiter brauche, als ein besiedeltes Gebiet. Sie dankt für die gute Idee und hält fest, dass sie dranbleiben und prüfen, was umgesetzt werden kann. Als letzten Hinweis äussert sie, dass es in Bern nicht so war, dass per se eine Parkour-Anlage erstellt werden wollte. Es war ein Verbundprojekt. Die Lagerkapazität für Sportgeräte musste erhöht werden. Das Eine hat das Andere ergeben.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass der in Thun aktive Parkour-Verein, der dreimal wöchentlich trainiert, regelmässig weggewiesen wird. Es ist nicht so einfach, draussen Parkour zu betreiben, wie dies teilweise gemeint wird. Sie weiss, dass der Verein auf dem Frutigerparkplatz knapp toleriert wird, aber auch nicht immer gerne. Der Verein ParkourONE war massgebend am Bau der Anlag in Wankdorf beteiligt. Sie weiss, dass die Million, die es in Wankdorf gekostet hat, weit mehr umfasste, als die Parkour-Anlage. Im Gespräch mit jenen vom Verein ParkourONE hat sich ergeben, dass diese Million halbiert werden kann, je nach Grösse und Standort des Baus. Gibt es beispielsweise eine vorverdichtete Fläche, wie dies bei der Niesenstrasse im Seefeld der Fall ist, so würden die Kosten für die Verdichtung wegfallen. Sie findet, dass es eine Frage vom Willen ist. Sie ist sich bewusst, dass es um viel Geld geht, hält aber fest, dass auch die Spielplätze viel gekostet haben. Sie hat in den letzten zehn Jahren viele Spielplätze für Kleinkinder wachsen sehen. Sie kann nicht nachvollziehen, dass es bei Anlagen für grössere Kinder plötzlich nicht mehr um die Aufgabe der Verwaltung geht, sondern mit Vereinen geschaut werden soll. Sie äussert, dass es beim Pumptrack im Lerchenfeld und beim mobilen Pumptrack teilweise haarsträubend zu und her gehe. Die 15-Jährigen fahren mit ihren BMX neben den 2- bis 3-Jährigen her, die auf ihren kleinen Dreirad-Trotinettes unterwegs sind. Sie ist erstaunt, dass es bisher nicht zu mehr Unfällen kam. Sie weist darauf hin, dass am Mittwochnachmittag und an Sonntagen Hunderte von Kindern auf diesen zwei bis drei Möglichkeiten unterwegs sind und es diese dringend auszubauen gilt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

Persönliche Erklärung

Jonas Baumann (EVP) fühlt sich nach dem Votum vom Stadtpräsidenten herausgefordert, eine persönliche Erklärung zu geben, da diese Aussage weder seiner Werthaltung noch dem Respekt, den er an den Tag legen will, entspricht. Entweder habe er sich falsch ausgedrückt oder der Stadtpräsident hat es falsch aufgefasst. Seine Absicht war es, festzuhalten, dass ihm der politische Wille gefehlt hat. Dies hat mit der Motivation oder dem Einsatz von Mitarbeitenden nur indirekt etwas zu tun. Er hält fest, dass er keine Mitarbeitenden hatte angreifen wollen. Fehler gehören zum Leben. Auch weiss er aus eigener beruflicher Erfahrung, dass die Ressourcen endlich sind und dass priorisiert werden muss. Er entschuldigt sich, falls seine Worte so aufgefasst wurden, als ob er der Meinung sei, Mitarbeitende sitzen da und warten auf Arbeit.

41. Interpellation I 13/2022 betreffend Photovoltaikanlage an Zäunen und Fassaden

Christoph Lauener (SVP) und Fraktion SVP vom 17. November 2022; Beantwortung

Christoph Lauener (SVP) informiert, dass ihm ein Missgeschick unterlaufen ist. Er hat den Fraktionen geschrieben, dass er zufrieden sei und keine Diskussion wünsche. Soeben hat er festgestellt, dass diese Mail im Postausgang liegengeblieben ist. Er entschuldigt sich bei jenen, die sich auf eine Diskussion vorbereitet haben.

42. Fragestunde F 08/2023 betreffend Fuss- und Veloverkehr. Netzergänzung Bahnhof-Selve-Schwäbis

Philipp Deriaz (SVP), SVP-Fraktion vom 20. März 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 08/2023 wird schriftlich beantwortet.

43. Fragestunde F 09/2023 betreffend Credit Suisse und Pensionskasse des Verwaltungspersonals

Natalie Althaus (Grüne) vom 21. März 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 09/2023 wird schriftlich beantwortet.

44. Dringliche Interpellation I 03/2023 betreffend den Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, Gasspeichers und Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, begründet die Dringlichkeit damit, dass laut dem Gasverbund Mittelland (GVM) das Terminal bereits Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden soll und der Verwaltungsrat bald darüber entscheidet.

Der Stadtpräsident spricht sich gegen die Dringlichkeit aus. Sie hatten nicht die Zeit, das Anliegen im Detail zu besprechen. Die Fragen weisen gewisse Komplexitäten auf. Bei einer Dringlichkeit wird das Anliegen in einer kurzen Antwort mit weniger tiefen Prüfung abgehandelt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mit 18 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

Eingänge

- Postulat P 5/2023 betreffend «Lehrlingscard Thuner KMU»; Valentin Borter (SVP), Alexander Reymondin (SVP), Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP) vom 23. März 2023
- Interpellation I 03/2023 betreffend den Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, Gasspeichers und Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland; Thomas Lanz (Grüne), Fraktionen Grüne und SP vom 23. März 2023

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert, dass der Stadtratsanlass am Sonntag, 18. Juni 2023, um 17.00 Uhr, in der Stadtkirche Thun, stattfinden wird. Dies mit einem Konzert des Jugendsinfonieorchesters Arabesque und anschliessendem Abendessen. Weitere Angaben folgen.

Bruno Huwyler Müller liest das Demissionsschreiben von Daniel Waldspurger vor.

Der Stadtratspräsident äussert, dass Daniel Waldspurger vom 14. Oktober 2020 bis Mitte Februar 2023 Mitglied des Rats war. Im vergangenen Jahr hatte er als Stimmzähler fungiert. Weiter war er Mitglied in der SAKO FIRU und Si+So. Er hält fest, dass Daniel Waldspurger kein Mann der grossen Worte war. Er hat ihn als Kadett kennengelernt. Daniel Waldspurger war immer zuverlässig und hilfsbereit. Er wünscht ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Der Stadtratspräsident schliesst die Sitzung mit den besten Wünschen für eine erholsame Frühlingspause und ein Wiedersehen am 11. Mai 2023.

Der Stadtratspräsident



Manfred Locher

Der Stadtschreiber



Bruno Huwyler Müller